Niederschrift HFA/013/2010

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 23.11.2010

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	bis 19:50 Uhr - TOP 28
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Vertretung für Frau Marianne Helmes
Herr Detlef Weßling	SPD	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Herrn Hermann-Josef Kohnen

Gäste:

Herr Dr. Manfred Janssen	Geschäftsführer EWG
--------------------------	---------------------

Verwaltung:

Herr Werner Lütke-meier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Michael Kramer	bis 19:10 - TOP 7
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Frau Wiebke Gehrke	bis 17:25 Uhr - TOP 4
Herr Johannes Plagemann	bis 19:10 Uhr - TOP 10
Frau Julia Kersting	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils beantragt Frau Dr. Kordfelder, die Vorlage 526/10 „Städtebaulicher Rahmenplan Innenstadt“ abzusetzen. Die Vorlage beschreibe die städtebaulichen und funktionalen Aspekte der Innenstadt von Rheine. Durch eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Projekten werden die Weichen für die Zukunft des Zentrums gerade neu gestellt. Um für diese Entwicklung einen Korridor zu beschreiben, erläutere die Verwaltungsvorlage die Notwendigkeit eines städtebaulichen Rahmenplans.

Da aktuelle, private Initiativen Auswirkungen auf den Zeitplan des Planungsprozesses haben, sei die Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss am 10. November 2010 nur zur Kenntnis genommen worden; sie solle aber im nächsten Fachausschuss am 1. Dezember 2010 aktualisiert beschlossen werden. Daher sei für die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses kein Beratungsbedarf gegeben.

Die Ratsmitglieder stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung am 26. Oktober 2010

0:02:07

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 26. Oktober 2010 gefassten Beschlüsse

0:02:20

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung die Stellungnahmen auf den der Einladung beigefügten Hinweiszetteln und dem beigefügten Antwortschreiben abgegeben habe.

3. Informationen

3.1. Liquiditätslage der Stadt Rheine

0:02:55

Herr Lütkeemeier teilt mit, dass er zu einem späteren Tagesordnungspunkt auf die aktuelle Entwicklung zur Ausführung des Haushaltes 2010 eingehen wolle. Herr

Lütkemeier informiert, dass mit dem heutigen Stichtag ein Liquiditätskredit in Höhe von 7,7 Mio. € in Anspruch genommen worden sei.

3.2. Reform der Gemeindefinanzen

0:03:54

Herr Lütkemeier gibt folgende Information ab:

Am 3. November 2010 hat es auf Einladung von Bundesfinanzminister Dr. Schäuble ein Spitzengespräch zur Reform der Gemeindefinanzen mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände gegeben. Nachdem zunächst Vertraulichkeit über die Ergebnisse des Gespräches vereinbart worden war, haben die Informationen über die wesentlichen Gesprächsinhalte dann doch den Weg in die Zeitungen gefunden und werden seither von verschiedenen Seiten bewertet und kommentiert. Das Gespräch lässt sich nach unseren Informationen wie folgt zusammenfassen:

1. Der Bundesfinanzminister akzeptiert, dass die Gewerbesteuer in ihrer bisherigen Form erhalten bleibt. Ohne Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände wird es keine Änderungen geben. Eine tragfähige Alternative zur Gewerbesteuer hat sich aus kommunaler Sicht nicht gezeigt.
2. Es wird akzeptiert, dass die Kommunen im Sozialbereich entlastet werden müssen. Der Bund kann sich vorstellen, dass er die Kosten der Grundsicherung im Alter (zz. 3,7 Mrd. € im Jahr mit wachsender Dynamik) vollständig übernimmt.
3. Der Bund könnte sich vorstellen, zusätzlich zur unveränderten Gewerbesteuer den Kommunen ein Hebesatzrecht auf die Einkommenssteuer zu ermöglichen. Dabei ist an eine Bandbreite von bis zu 5 Prozentpunkten gedacht.
4. Bund und Kommunen werden sich weiter bemühen, beim Standardabbau voranzukommen. Nach Auffassung des Bundesfinanzministers bietet auch die Pauschalierung der Kosten der Unterkunft (KdU) im SGB II einen wirksamen Ansatz.
5. Die bessere Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände an der Gesetzgebung sowohl auf der Ebene der Bundesregierung als auch des Bundestages und des Bundesrates bleibt ein gemeinsames Ziel.

Bewertung

Die Zusage, dass die Gewerbesteuer in ihrer bisherigen Form nicht gegen den kommunalen Willen abgeschafft oder demontiert wird, ist ein großer Erfolg.

Der Vorschlag hinsichtlich der Einräumung eines Hebesatzrechtes der Kommunen bei der Einkommensteuer ist noch nicht genügend detailliert, um ihn abschließend zu bewerten. Grundsätzlich stehen wir dem

Vorschlag positiv gegenüber, soweit es sich wirklich um ein zusätzliches Element der Gemeindefinanzierung handeln soll. Hier müsste in weiteren Gesprächen seitens des Bundesfinanzministeriums präzisiert werden, wie dieser Teil des Vorschlages zu verstehen ist.

Sehr zu begrüßen wäre es, wenn der Bund – wie in der vom Rat der Stadt seinerzeit verabschiedeten Resolution gefordert – die Kosten der Grundsicherung im Alter vollständig übernehme, zumal diese im Rahmen der demographischen Entwicklung in Zukunft stark ansteigen werden. Die Netto-Ausgaben für die Grundsicherung im Alter betragen im Jahr 2009 in Nordrhein-Westfalen mehr als 1 Mrd. €. Der Vergleich zum Jahr 2005 (673 Mio. €) zeigt, welche beträchtlichen Wachstumsraten in diesem Bereich stecken.

Das Gespräch mit dem Bundesfinanzminister gibt Anlass zur Hoffnung, allerdings geht es hier nur um Gesprächsgrundlagen, für die weder die Zustimmung des Kabinetts noch eine parlamentarische Mehrheit sichergestellt ist. Insbesondere die Vorschläge für ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer dürften innerhalb der Regierungskoalition auf erhebliche Widerstände stoßen.

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass sie gerade von der Sitzung des Europaausschusses des Städte- und Gemeindebundes komme. Dort gab es eine Präsentation des stellvertretenden Hauptgeschäftsführers, Herrn Helmut Dedy. Er gab den expliziten Hinweis, dass es bei der Gewerbesteuer bleibe und dass sich die Gewerbesteuer schneller erhole als erwartet. Im zweiten Quartal 2010 sei ein Stopp des rückläufigen Trends im Vergleich zur Vorjahresquote um 13,6 Prozent zu erwarten. Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass der Koalitionsausschuss in der letzten Woche getagt habe, allerdings kein Ergebnis erzielt habe. Nach der aktuellen Zeitplanung werde die Gemeindefinanzkommission letztendlich im Februar 2011 Entscheidungen treffen. Vor März nächsten Jahres werde es keine weiteren Grundlagen für die Stadt Rheine geben. Man habe sich entschieden, im Februar ein Bürgermeistertreffen in Berlin durchzuführen, um die Positionen, die deckungsgleich mit der Resolution des Städte- und Gemeindebundes seien, noch einmal deutlich zu machen. Über die einzelnen Sitzungen und Informationen werde Frau Dr. Kordfelder die Ratsmitglieder auf dem Laufenden halten.

Herr Reiske wünscht, dass der Rat der Stadt Rheine sich in einem gesonderten Brief noch einmal an die Regierungen wenden würde. In diesem Brief solle das Interesse deutlich gemacht werden, wie wichtig die Gewerbesteuer sei. Es sei zu befürworten, wenn der Brief sich an die Städte- und Gemeindebundposition anlehnen würde.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass sich die Stadt Rheine als Mitglied des Städte- und Gemeindebundes in der Resolution zum Thema Gewerbesteuer, denen sich alle drei Spitzenverbände angeschlossen haben, wiederfinde.

Herr Wilp informiert, dass am 1. Dezember 2010 der Städte- und Gemeindebund Münsterland tage. Dieser Tag solle abgewartet werden. Herr Wilp macht deutlich, dass die Kommunen steuerlich beteiligt werden müssen. Gebe es keine Entlastungen im Sozialbudget, habe die Stadt auf Dauer keine Chance.

Frau Dr. Kordfelder bestätigt die Aussage von Herrn Wilp. Die aktuell schwierige Finanzlage in den Kommunen sei kein Krisenphänomen, sondern eine letztendlich langfristige Unterversorgung der bundesdeutschen Kommunen. Diese Unterfinanzierung bedrohe die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Es werde zu neuen Aufstellungen und Mechanismen kommen werden. Frau Dr. Kordfelder geht davon aus, dass bei den weiteren Treffen dieses als gesetzt artikuliert werden wird. Die Präsentation von Herrn Dedy werde den Ratsmitgliedern zugeleitet.

**4. Bericht Stabsstelle Bürgerengagement 2005-2010
Vorlage: 540/10**

0:15:05

Frau Dr. Kordfelder verweist auf den vorliegenden Tätigkeitsbericht. Sie informiert über den am 20. November 2010 stattgefundenen, von der Stabsstelle Bürgerengagement und der Bürgerstiftung der Stadt Rheine durchgeführten Fachtag „Bürgerengagement“. Frau Dr. Kordfelder bedankt sich bei der Stadtsparkasse Rheine und der Bürgerstiftung für die zur Verfügung gestellten, hervorragenden Örtlichkeiten und das Equipment. Rund 140 Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Verbänden, Ehrenamtsinitiativen, Selbsthilfegruppen, Stadtteilbeiräten und anderen Organisationen nahmen an dieser Tagung teil. Frau Dr. Kordfelder bedankt sich bei Frau Gehrke und Herrn Schridde für die 5-jährige Tätigkeit in der Stabsstelle Ehrenamt, der Konzeptionierung des Fachtages, der Durchführung und der Aufarbeitung der Erarbeitungen aus dem Fachtag.

Alle Fraktionsvorsitzenden bedanken sich im Namen ihrer Fraktionen bei der Stabsstelle. Sie leiste eine gute Arbeit und baue auf das hohe bürgerschaftliche Engagement in Rheine auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht Stabsstelle Bürgerengagement 2005 bis 2010 zur Kenntnis.

**5. 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine
Vorlage: 527/10**

0:23:00

Herr Hermeling weist darauf hin, dass im § 24 der neuen Fassung das Wort „Tonbänder“ gegen „Tonträger“ ausgetauscht werden müsse.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder die in der Spalte „1. Änderung (neu)“ der als Anlage der Vorlage beigefügten Synopse aufgeführten Änderungen der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Änderung der Hundesteuersatzung Vorlage: 489/10

0:24:03

Frau Dr. Kordfelder weist auf Unterschriftenlisten unter dem Tenor „Hundebesitzer wehrt euch“ hin, die von Frau Bartelheimer eingereicht wurden.

Herr Lütkemeier informiert, dass es auf Initiative der SPD-Fraktion eine Zusammenkunft der Fraktionen gegeben habe, welche durch die Verwaltung begleitet wurde.

Herr Roscher erläutert, dass die SPD-Fraktion bereit gewesen wäre, eine Anpassung für den 1. Hund auf 66,00 €, für den 2. Hund auf 84,00 € und für den 3. Hund auf 102,00 € durchzuführen. Es habe keinen Konsens unter den Fraktionen gegeben. Die SPD-Fraktion folge daher dem Verwaltungsvorschlag und beantragt einige Anpassungen. Die Satzung solle in § 2 vor Absatz 2 ergänzt werden. Hundehalter erhalten bei Nachweis der Teilnahme an einer wesensprägenden Hundebildung und einer bestandenen Begleithundeprüfung mit ihrem Hund in einer vom VDH anerkannten angeschlossenen Einrichtung einen Steuernachlass von 10,00 €. Ebenso gelte dieses für den Nachweis einer Haftpflichtversicherung. Des Weiteren solle die Satzung in § 3 (IV) neu gestaltet werden. Hunde, die älter als 14 Jahre seien, sollen eine Steuerbefreiung erhalten. Der jetzige Absatz 4 solle dann Absatz 5 werden.

Herr Holtel weist darauf hin, dass, wenn die scharfe Progression, durch die sich bei der Anschaffung von mehr als 2 Hunden auch die Steuer für den ersten Hund erhöht hätte, gestrichen werde, die übrigen Hundebesitzer dieses zu tragen haben. Die FDP-Fraktion schlägt vor, den 1. Hund mit 60,00 €, den 2. mit 78,00 € und den 3. Hund mit 96,00 € zu besteuern und die Steuerprogression zu streichen.

Herr Reiske erläutert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich für die Vorlage der Verwaltung ausspreche. Fiskalisch betrachtet sei es notwendig, zu einer entsprechenden Erhöhung der Hundesteuer zu kommen.

Herr Lütkemeier informiert auf Nachfrage von Herrn Reiske, dass Hunde die jagderwerbsmäßig benötigt werden, von der Hundesteuer befreit werden.

Herr Niehues dankt der SPD-Fraktion für die Initiative. Die CDU-Fraktion sei bereit, die Progression aus der Satzung herauszunehmen. Die CDU-Fraktion beantragt eine Erhöhung der Steuer für den 1. Hund auf 60,00 €, den 2. Hund auf 78,00 € und den 3. Hund auf 96,00 €. Es solle keine Veränderung bei den Kampfhunden geben. Die bestehenden Sätze von 420,00 € für den 1. gefährlichen Hund, 480,00 € für den 2. gefährlichen Hund und 540,00 € für den 3. und mehr gefährliche Hunde solle beibehalten werden. Die Zuordnung der einzelnen Rassen solle ebenfalls bestehen bleiben. Einen Jagdhund zu unterhalten, sei ein Hobby, und müsse ebenfalls besteuert werden. Zu den vorhandenen Ausnahmeregelungen sollen keine neuen zusätzlichen Ausnahmeregelungen geschaffen werden.

Frau Dr. Kordfelder verweist auf den vorliegenden Antrag der Fraktion Alternative für Rheine, da von der Fraktion heute niemand anwesend sei.

Herr Lütke-meier informiert, dass in der Änderungssatzung die Höhe der Steuer geändert werde und nicht die Steuersätze. Weiter werde vorgeschlagen, die Hunderasse Alano aus der Satzung zu streichen, da es diese nicht mehr gebe. Die kommunalen Spitzenverbände haben dieses ebenfalls vorgeschlagen. In der Auflistung der gefährlich eingestuftten Hunde unter § 2 (II) solle dann unter Ziffer 5 die Rasse Alano gestrichen werden.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag der SPD-Fraktion inklusive der von Herrn Lütke-meier vorgetragene-n Ergänzungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

6	Ja-Stimmen
11	Nein-Stimmen
1	Stimmenthaltung

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktion inklusive der von Herrn Lütke-meier vorgetragene-n Ergänzungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

10	Ja-Stimmen
6	Nein-Stimmen
2	Stimmenthaltungen

**7. Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Rheine (Hebesatzsatzung)
Vorlage: 549/10**

0:47:42

Herr Niehues macht deutlich, dass die CDU-Fraktion derzeitig keinen Beschluss zur Steuererhöhung fassen könne. Momentan kenne man zum Haushaltsentwurf nur einige Eckpunkte. Bevor der Entwurf für den neuen Haushalt nicht vorliege, könne auch noch nicht über eine Steuererhöhung im Volumen von insgesamt rund 2 Mio. € entschieden werden. Herr Niehues hält fest, dass allerdings sehr vieles dafür spreche, dass am Ende einer intensiven Diskussion zu den Haushaltsplanberatungen 2011 eine Erhöhung der kommunalen Steuern stehen könne. Die Haushaltslage sei dramatisch schlecht. Die Eckwerte des Entwurfes seien sehr wage gewesen. Viele Kostenpositionen, wie die Kreisumlage oder die Sozialkosten, seien nur ungefähr ermittelt worden. Die Bürgerinnen und Bürger und

die Wirtschaft müssen bei diesem Diskussionsprozess mitgenommen werden. Ihnen müssen die zur Wahl stehenden Alternativen verdeutlicht werden.

Die CDU-Fraktion beantragt eine Einberufung einer Einwohnerversammlung. Die Bürger sollen Informationen über Kosten und Erträge erhalten und aktiv an Sparvorschlägen und Anregungen beteiligt werden. Dieses solle geschehen, bevor der Rat die Beratung aufnehme. Diese Veranstaltung könne auch als Informationsveranstaltung benannt werden und solle dann von der Verwaltung unter Beteiligung der Politik einberufen werden. Als Zeitrahmen sei die zweite Januarhälfte 2011 vorgesehen, da erst im Februar die Haushaltsplanberatungen beginnen. Die Steuer- und Gebührenbescheide für 2010 seien auch ohne einen neuen Ratsbeschluss für 2011 gültig. Es gebe keine Vorschrift, wonach ein neuer Steuerbescheid Anfang Januar vorliegen müsse. Die Veränderungen seien auch im Verlauf eines Jahres und auch rückwirkend zum 1. Januar rechtlich wirksam. Man müsse also keine 2 Bescheide rausschicken.

Herr Lütkemeier hält fest, dass die Eckdaten zum Haushalt 2010 und den Folgejahren sehr dezidiert dargestellt wurden und dass verdeutlicht wurde, aus welchen Quellen diese Daten abgerufen wurden. Bei den Steuererträgen wurde deutlich darauf hingewiesen, dass noch die Novembersteuerschätzung ausstehe. Die Regionalisierung sei erst jetzt erfolgt. Zur Kreisumlage habe man außerdem sehr deutlich gemacht, mit welchem Hebesatz die Kreisumlage betrachtet werde. Es wurde sehr deutlich gemacht, dass der Kreis von einer deutlich höheren Kreisumlage ausgehe, als von uns bei den Eckdaten geplant wurde. Zu dem Zeitpunkt war nicht bekannt, wie das Zahlenwerk des Kreises aussehe. Bei den Schlüsselzuweisungen standen damals keine weiteren Informationen zur Verfügung. Deutlich gemacht wurde auch, dass die eigenen Steuerkraftzahlen bekannt seien, allerdings nicht die landesweiten Steuerkraftzahlen. An vielen Stellen fehlten noch die entsprechenden Informationen und Grundlagen. Es sei allerdings seriös auf der Basis der zu dem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen und Quellen gerechnet und ermittelt worden. Es seien nicht einfach wagen Zahlen geliefert worden.

Herr Lütkemeier trägt die in der Anlage 1 der Niederschrift beigefügte Stellungnahme vor.

Herr Lütkemeier hält fest, dass es somit keine Verbesserung des Haushaltes, sondern eine weitergehende Verschlechterung gebe.

Herr Roscher erläutert, dass die Haushaltspositionen kaum noch Spielraum zum Sparen geben würden. Es gebe keine andere Alternative, als die Hebesätze anzupassen. Auch eine Infoveranstaltung könne nicht entsprechend helfen. Die Kompetenz für den Haushalt liege beim Rat der Stadt. Die Beteiligung der Bürger sei sinnvoll, und man müsse sich weiter in Richtung eines Bürgerhaushaltes bewegen; allerdings müsse der Bürger im Erstellungsprozess stärker eingebunden werden.

Herr Lütkemeier macht deutlich, dass sich die Verwaltung nicht dagegen sperren würde, die Bürgerinnen und Bürger in die Aufstellung und Beratung des städtischen Haushaltes einzubeziehen. Herr Lütkemeier informiert, dass die Stadt Rheine die Gebühren für die Technischen Betriebe Rheine mit den Grundbesitzabgabenbescheiden festsetzt im Auftrag der Technischen Betriebe Rheine. Die

entsprechenden Steuern und Gebührenabgaben werden durch Jahressteuerbescheide festgesetzt.

Wenn eine Haushaltssatzung im Entwurf aufgestellt und dort festgelegt werde, dass die Steuerhebesätze für die Realsteuern über die Haushaltssatzung festgesetzt werden, dann dürfen, wenn ein Haushaltsplanentwurf und eine Haushaltssatzung im Entwurf aufgestellt und eingebracht worden seien, die Steuern aber solange, wie der Haushalt noch nicht beschlossen und nicht bekannt gemacht worden sei, nur nach den Hebesätzen des Vorjahres erhoben werden.

Sollten die Hebesätze nicht über eine eigene Hebesatzsatzung beschlossen werden, gebe es die Möglichkeit, die Steuern schon zu Beginn des Jahres auf der Basis der neuen Hebesätze festzusetzen. Wenn das nicht der Fall sei, erfordert dieses einen mit Mehrkosten verbundenen Änderungslauf mit Änderungsbescheiden.

Herr Reiske erläutert, dass es richtig sei, die Bürger zu informieren. Allerdings halte er es in diesem Fall aus finanziellen Gründen nicht für den gangbaren Weg. Die Kosten für die Änderungsbescheide mit 20.000,00 € seien zu hoch. Die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN folge der Verwaltung.

Herr Holtel entgegnet, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer enorme Auswirkung auf eine mögliche Industrieansiedlung im Norden von Rheine hätte. Hinzu komme im kommenden Jahr, dass die Bürger durch die Abgabe für die erneuerbaren Energien weitere Ausgaben haben. Weiter werden Bürger durch die Abgaben nach dem KAG für den Ausbau der Straßenbeleuchtung getroffen. Die FDP-Fraktion sehe sich heute nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. Sie wolle sich nach Vorlage des Haushaltes intensiv mit dem Haushalt beschäftigen, um Ende Januar in einer Sondersitzung zu einem Vorschlag zu kommen.

Frau Fehrmann stellt klar, dass es keine Alternative zur Steuererhöhung gebe. Für den Bürger sei es nicht mehr möglich, in einer Informationsveranstaltung etwas zu bewegen. Eine Bürgerbeteiligung sei sinnvoll, jedoch nicht, wenn es zu spät sei. Die Politik habe hier die Verantwortung.

Herr Mollen halte die Informationsveranstaltung für eine Alibiveranstaltung, um sich vor einer Entscheidung zu drücken. Trotz einer Informationsveranstaltung werde man um eine Steuererhöhung nicht umherkommen.

Frau Dr. Kordfelder hält fest, dass unter TOP 6 Mindereinnahmen von 56.000,00 € entgegen der Vorlage der Verwaltung zugestimmt wurden und das 20.000,00 € zusätzlich aufgebracht werden müssen, wenn Änderungsbescheide erstellt werden müssen.

Herr Wilp erläutert, dass das bedeuten würde, dass, wenn den Ansätzen der Verwaltung nicht gefolgt werden würde, auf etwas verzichtet werde. Jedoch müssten die bisherigen Sätze die Grundlage sein. Die Gründe, die bisher vorgebracht wurden, treffen nicht die Sache. Bei der Bürgerinformation gehe es darum, dem Bürger die Situation zu schildern. Herr Wilp sehe auch die letzte Verantwortung bei der Politik. Die Parteien müssen sich ändern und bürgernäher werden. Es sei fraglich, ob ein Bescheid nicht ausreiche, der bis zum 15. Februar versandt werde.

Herr Gude betont, dass keine Zweifel zum Haushalt bestehen. Es gebe nur sehr viele Unsicherheiten.

Herr Niehues erläutert, dass sich die Zahlen noch nachträglich nach der Eckwertdiskussion verändert haben. Den Bürgern müsse glaubhaft gemacht werden, dass bei keiner Steuererhöhung die Haushaltssicherung drohe. Herr Niehues denkt, dass man mit einem Bescheid auskomme. Organisatorische Dinge könne man regeln.

Herr Reiske fragt an, warum die Verwaltung diese Informationsveranstaltung durchführen solle. Es sei fraglich, warum die Partei nicht selber diese Veranstaltung durchführe.

Herr Lütke-meier erläutert, dass die Ausgabenseite mit der zukünftigen Entwicklung 3 Jahre im Vorgriff bekannt sei. Die Haushalts- und Eckdatenplanung baue darauf auf. Gesetzliche Anforderungen und Beschlüsse des Rates werden berücksichtigt. Die Unsicherheiten seien von der Verwaltung explizit benannt worden. Dies seien Unsicherheiten, die zu einer Verschlechterung führen würden. Herr Lütke-meier hält fest, dass er die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses in fast jeder Sitzung über die Ausführung des Haushaltes der Stadt, insbesondere auch über die Ertragsseite, informiere. Der Haushalt der Stadt sei im Wesentlichen von den dargestellten Eckdaten abhängig. Herr Lütke-meier erläutert, dass er keine Möglichkeit sehe, dass die nötigen Mittel auf anderem Wege realisiert werden können. Herr Lütke-meier trägt die in der Anlage 2 der Niederschrift beigefügte Stellungnahme vor.

Herr Wilp fragt an, ob es richtig gewesen sei, dass der Haupt- und Finanzausschuss, als die Eckdaten das erste Mal eingebracht worden seien, der Verwaltung zugesagt habe, mit den vorgegebenen Hebesätzen den Haushaltsplan aufzustellen. Er fragt an, ob dieses alternativlos gewesen sei.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass die Erhöhung alternativlos sei. In der Ratssitzung am 14. Dezember 2010 werde dieses genauso dargestellt. Frau Dr. Kordfelder informiert, dass möglicherweise über die Entscheidung der Gemeindefinanzkommission noch eine Änderung für die kommunale Situation zu erwarten sei. Aus diesem Grunde habe sie den Ratsmitgliedern unter dem Top 3 die aktuellen Informationen gegeben. Der Koalitionsausschuss habe sich bezogen auf das Sparpaket nicht geeinigt. Bezogen auf Bundesentscheidungen werde es in den ersten 4 Monaten keine konkreteren Hinweise geben. Aus der Verpflichtung, Entscheidungen zu treffen, um auch für 2011 handlungsfähig zu sein, werde man nicht herauskommen. Selbstverständlich werde eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Gleichwohl werde die Entscheidung der Ratsmitglieder nötig sein, um handeln zu können. Eine Veranstaltung werde frühestens ab dem 20. Januar 2011 stattfinden können.

Herr Niehues beantragt, heute keinen Beschluss zu den Steuererhöhungen zu fassen und beauftragt gleichzeitig die Verwaltung damit, eine Bürgerinformation zum Thema Haushalt 2011 zu organisieren.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	10	Ja-Stimmen
	7	Nein-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

**8. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine
- Unterhaltungssatzung Fließgewässer -
Vorlage: 179/10**

1:58:21

Herr Niehues stellt fest, dass an einigen Stellen die Beiträge gesenkt werden. Er fragt an, ob an anderen Stellen auf etwas verzichtet werde.

Herr Lütkemeier informiert, dass nur das nachvollzogen werde, was die Wasserunterhaltungsverbände beschlossen haben.

Beschluss:

Die nachstehende 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine - Unterhaltungssatzung Fließgewässer – wird beschlossen.

**2. Änderungssatzung zur
Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes
für fließende Gewässer in der Stadt Rheine
- Unterhaltungssatzung Fließgewässer -
vom _____. Dezember 2010**

Die Bezeichnung der männlichen Form (z. B. der Eigentümer) gilt gleichermaßen für die weibliche Form.

Aufgrund der

- §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV NRW 2009, S. 950),
- §§ 91 und 92 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV NRW 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2007 (GV NRW 2007, S. 708),
- §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW 1969, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV NRW 2009, S. 394)

hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 14. Dezember 2010 die 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine – Unterhaltungssatzung Fließgewässer – vom 18. Dezember 2008 beschlossen.

In § 2 „Unterhaltungsaufwand“ erfolgt in der Auflistung der Umlagebeträge der Unterhaltungsverbände nachstehende Änderung:

Altenrheine	19,00 €/ha,
Bevergerner Aa	14,00 €/ha,
Elte	11,00 €/ha,
Frischhofsbach	26,00 €/ha,
Hemelter Bach	16,00 €/ha,
Hörsteler Aa	12,00 €/ha,
Hummertsbach	8,00 €/ha,
Landersum/Bentlage	18,00 €/ha,
Saerbeck	11,00 €/ha,
Wambach	25,00 €/ha.

In § 7 „Inkrafttreten“ wird folgender Satz angefügt:
Die 2. Änderungssatzung tritt zum 1. Januar 2011 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für den Löschzug rechts der Ems
Vorlage: 545/10

1:59:40

Herr Kramer informiert, dass der Brandschutzbedarfsplan zz. durch die Feuerwehr und den Fachbereich Recht und Ordnung aktualisiert werde. In einer der ersten beiden Ratssitzungen werde dieser eingebracht werden.

Herr Niehues erläutert, dass die Suche nach einem Grundstück sachgerecht sei. Für die CDU-Fraktion sei es denkbar, das Feuerwehrgerätehaus möglicherweise als Public-Private-Partnership-Modell zu realisieren. Herr Niehues bittet daher darum, dass keine Verträge mit K-Plan geschaffen werden, welche ein PPP-Modell in Zukunft möglicherweise nicht zulassen werden.

Herr Holtel hält fest, dass aus Sicht der FDP-Fraktion der ehemalige Kfz-Hof der General-Wever-Kaserne nicht ausscheide.

Herr Schröder informiert, dass es eine Prioritätenbewertung für verschiedene Grundstücke gegeben habe. Unter anderem sei der „Standort“ mit in die Bewertung eingeflossen. Die General-Wever-Kaserne würde nicht an der richtigen Stelle liegen. Sie habe insgesamt die niedrigste Bewertung bekommen.

Herr Holtel merkt an, dass der Standortzwang, der damals aufgrund der Planung einer Rettungsstation des Kreises vorhanden war, inzwischen weggefallen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, konkrete Grunderwerbsgespräche für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für den Löschzug rechts der Ems mit betroffenen Grundstückseigentümern zu führen und dem Haupt- und Finanzausschuss über die Ergebnisse zu berichten und einen Beschlussvorschlag für das weitere Verfahren vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Umsetzung Konjunkturpaket II - Veranschlagung 2009 - 2011 - Vorlage: 551/10

2:07:36

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Veranschlagung der Projekte aus dem Konjunkturprogramm II zur Kenntnis.

**11. Berichtswesen 2010, Stichtag 31. Oktober 2010, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 560/10**

2:08:36

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2010 zur Kenntnis.

**12. Berichtswesen 2010, Stichtag 31. Oktober 2010, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 558/10**

2:08:50

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2010 zu Kenntnis

**13. Berichtswesen 2010, Stichtag 31. Oktober 2010, Fachbereich 7
- Interner Service
Vorlage: 552/10**

2:09:01

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 - Interner Service mit dem Stand der Daten vom 31. Oktober 2010 zur Kenntnis.

**14. Berichtswesen 2010, Stichtag 31. Oktober 2010, Sonderbereich
0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 553/10**

2:09:19

Herr Niehues merkt an, dass die Bildung einer zusätzlichen Fraktion auch zusätzliche Fraktionsgelder zur Folge habe. Diese seien innerhalb des Budgets trotzdem darzustellen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung mit dem Stand der Daten vom 31. Oktober 2010 zur Kenntnis.

**15. Berichtswesen 2010, Stichtag 31. Oktober 2010, Sonderbereich
9 - Zentrale Finanzleistungen
Vorlage: 550/10**

2:09:55

Herr Lütke-meier informiert, dass sich die Gewerbesteuererträge seit dem Stichtag 31. Oktober 2010 weiter positiv entwickelt haben. Aktuell betragen die Gesamterträge 30,787 Mio. €. Dies seien nochmals 3,286 Mio. € mehr, als vor knapp 4 Wochen. Unter Berücksichtigung der höheren Gewerbesteuerumlage verbleibe gegenüber der Haushaltsplanung netto ein Mehrertrag von 6,455 Mio. €; gegenüber dem Berichtsstichtag seien es immerhin noch netto 2,705 Mio. €.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen mit dem Stand der Daten vom 31. Oktober 2010 zur Kenntnis.

16. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

02:11:26

Frau Dr. Kordfelder verweist auf den Antrag zur Einberufung einer Einwohnerinformationsveranstaltung der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion, der bereits unter dem TOP 7 abgehandelt wurde.

Frau Dr. Kordfelder verliest folgende Eingaben:

1. Finanzierung Wohnberatung; Antrag Caritasverband Rheine vom 5. November 2010

Der Caritasverband Rheine beantragt eine anteilige Förderung der Wohnberatungsagentur für 2011 und Folgejahre.

Die Wohnberatung der Caritas Rheine biete eine konkrete Unterstützung für ältere Menschen, dass diese trotz körperlicher Einschränkungen unter alters- und behindertengerechten Bedingungen sicher in der eigenen häuslichen Umgebung leben können.

Seit 1. Juni 2009 werde die Finanzierung je zur Hälfte von Pflegekassen sowie aus kommunalen Mitteln sichergestellt. Die Zuschussfinanzierung durch die Pflegekasse werde jedoch nur dann gewährt, wenn die restlichen 50 % aus kommunalen Mitteln finanziert werden.

Zwischen dem Kreis Steinfurt, der Stadt Rheine und dem Caritasverband Rheine wurde vereinbart, dass der 50%ige kommunale Zuschuss für den Zeitraum vom 1. Juni 2009 bis zum 31. Dezember 2010 zu je 1/3 vom Kreis Steinfurt und zu je 2/3 von der Stadt Rheine übernommen werde.

Um weiterhin das Beratungsangebot aufrechtzuerhalten, beantrage der Caritasverband für das Jahr 2011 und Folgejahre die weitere Mittelfinanzierung.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung zu den Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss.

2. Weitere Sanierung der Straße „Zur Mühle“, Antrag der Bauernschaftsversammlung Rodde vom 12. November 2010

Die Bauernschaftsversammlung von Rodde beantragt, die weitere Sanierung des Wirtschaftsweges „Zur Mühle“ zu beschließen. Im letzten Jahr erfolgte die Sanierung im Rahmen des Konjunkturpaketes II völlig unverständlich nur zur Hälfte bis zum Abschnitt „Rheiner Landweg“. Auch der weitere Abschnitt befände sich in einem desolaten Zustand und sollte saniert werden.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung an die TBR zwecks Bearbeitung.

3. Streichung der Rasse „Alano“ aus der Rasseliste der örtlichen Hundesteuersatzung zu streichen; Bürgerantrag von Herrn Hemelt, Sacharowstraße 3, 48432 Rheine, gem. § 24 GO

Mit E-Mail vom 4. November 2010 regt Frank Hemelt die Streichung der Rasse „Alano“ aus der Rasseliste der örtlichen Hundesteuersatzung an.

Die von der AfR beantragte Hundesteuersatzung entspreche nicht dem geltenden Recht. Vom zuständigen Ministerium wurde bestätigt, dass die Rasse „Alano“ nicht mehr existiere. Eine eindeutige Zuordnung von Hunden zu dieser Rasse sei nicht möglich. Sofern in Rheine Hunde in der Rasse „Alano“ eingestuft seien, müssten diese einer anderen Rasse zugeordnet werden. Sollte eine Zuordnung zu einer anderen als gefährlich eingestuften Rasse nicht möglich sein, sei der Hund dann entsprechend als „normaler Hund zu besteuern“.

Stellungnahme der Verwaltung:

Unter dem TOP 6 wurde bereits der Vorschlag gemacht, die Hunderasse zu streichen.

4. Prüfung zur Gründung einer Interkommunalen Einkaufs- und Ausschreibungsgesellschaft, Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion vom 17. November 2010

Die Fraktionen von CDU und FDP stellen den Antrag, für Rheine eine Einkaufsbeteiligung zu prüfen. Ziel sei es, Anschaffungen und Vergaben aller Art der Kommunen zu bündeln. Eine Neugründung oder eine Beteiligung an einer bestehenden Einkaufsgemeinschaft sei denkbar. Die Verwaltung werde gebeten, entsprechende Informationen zu beschaffen und Kontakte mit anderen Kommunen und der Kreisverwaltung aufzunehmen.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung an die Verwaltung zwecks Prüfung.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt allen Verfahrensvorschlägen zu.

17. Einwohnerfragestunde

2:15:00

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

18. Anfragen und Anregungen

18.1. Probebohrungen im Bereich Nordwalde, Anfrage von Herrn Reiske

2:15:23

Herr Reiske teilt mit, dass es im Bereich der Gemeinde Nordwalde Probebohrungen der Firma Exxon gebe. Dort werde ein giftiger Stoff in den Boden eingespült. Die Trinkwasserrinne ziehe durch das Münsterland bis nach Rheine. Herr Reiske fragt an, ob das Trinkwasser in Rheine betroffen sein könnte.

18.2. Kreislaufwirtschaftsgesetz, Anfrage von Herrn Reiske

2:15:23

Herr Reiske informiert, dass im August 2010 ein Referentenentwurf vom Bundesumweltministerium zum Kreislaufwirtschaftsgesetz erstellt worden sei. Verschiedene Kommunen haben ihre Anmerkungen in Form von Resolutionen gemacht. Dieses Gesetz habe gravierende Auswirkungen für die Kommunen. Wertstoffe werden dann nicht mehr durch die Kommunen eingesammelt. Herr Reiske fragt an, welche Auswirkungen durch diesen Referentenentwurf für Rheine zu erwarten seien.

Herr Löcken teilt mit, dass es vor etwa 2 Monaten Informationen von den Bundestagsabgeordneten gegeben habe. Diese habe er an die TBR weitergegeben.

Ende des öffentlichen Teils:

19:20 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführer